

Herr Burgherr, erst wollten Sie nicht kandidieren, jetzt wollen Sie doch. Was hat zum Meinungsumschwung geführt?

Thomas Burgherr: In der Tat habe ich gesagt, ich stünde im Moment nicht zur Verfügung. Es war mir ernst damit. Ich habe mit zwölf potenziellen Kandidaten gesprochen. Vor zwei Wochen sagte dann die letzte – Sylvia Flückiger – definitiv ab. Danach ging ich nochmals über die Bücher.

Warum?

Viele Kolleginnen und Kollegen baten mich darum. Doch ich habe ein Familienunternehmen mit 17 Mitarbeitenden. Da kann man nicht einfach sagen: In einem Jahr bin ich woanders. Schliesslich fand ich mit meinem Betriebsleiter eine Lösung. Zusammen mit meiner Familie habe ich mich dann entschlossen, nun doch anzutreten.

Würden Sie Ihre Firma verkaufen?

Nein. Ich kann mir aber vorstellen, die Aktien jemandem in meiner Familie zu übergeben. Vielleicht will ja später eins meiner Kinder die Firma in sechster Generation übernehmen, was mich sehr freuen würde. Druck in diese Richtung übe ich aber keinen aus.

Wollen Sie wirklich Regierungsrat werden? Oder steigen Sie aus Pflichtgefühl ihrer Partei gegenüber in die Hosen?

Selbstverständlich will ich! Wir haben immer gesagt, dass wir mit zwei Kandidaten antreten wollen. Ich habe früh signalisiert, dass mich das Amt interessiert. Vor drei Monaten hätte mein berufliches Umfeld das aber noch nicht ermöglicht.

Was macht die SVP falsch, dass sie als grösste Partei mit Mühe und Not gerade mal einen einzigen Kandidaten findet?

Wir haben viele Unternehmerinnen und Unternehmer in unserer Partei. Sie tragen für ihre Mitarbeitenden, Lieferanten und Kunden eine grosse Verantwortung und können nicht einfach so in die Politik wechseln.

Liegt es nicht vielmehr daran, dass die Wahlchancen klein sind?

Die Ausgangslage ist ungewiss – aber die Chancen sind intakt. Wir kämpfen mit dem Ziel, als wählerstärkste Partei zwei Regierungssitze zu gewinnen. Wenn mich unsere Delegierten nominieren, werde ich einen engagierten Wahlkampf machen. Ich bin kein Alibikandidat!

Wer soll Sie denn wählen? Ihre Wählerbasis allein reicht ja nicht.

Das gilt für alle Kandidierenden. Alle müssen über ihre Parteigrenzen hinaus Stimmen erzielen. Wer mich kennt, weiss, dass ich durch und durch bürgerlich denke und handle. Deshalb hoffe ich, dass auch andere Bürgerliche mich wählen.

Anstelle von Susanne Hochuli?

Wir treten nicht gegen eine Person an.

Sie wollen eine bürgerliche Allianz und eine bürgerliche Regierung. Das richtet sich gegen Frau Hochuli.

In einer Wahl gehen alle Kandidierenden das Risiko ein, nicht gewählt zu werden. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, wer in die Regierung kommt.

Warum sollen sie sich für Sie entscheiden?

Weil mit mir und mit zwei SVP-Regierungsräten die bürgerliche Politik im Kanton Aargau gestärkt würde.

Also doch auf Kosten der Linken!

Sie bringen mich nicht dazu, eine Person zu nennen, die wir nicht mehr in der Regierung wollen. Wir bieten eine Auswahl, die Bevölkerung soll entscheiden.

Was wir nicht verstehen: Sie wollen die bürgerliche Vertretung im Regierungsrat stärken – aber Sie wollen nicht sagen, wen Sie angreifen.

Würden Sie bei der SP auch so gezielt nachbohren, wenn sie mit zwei Kandidaten anträte?

Selbstverständlich. Es wäre ja auch legitim für Sie, zu argumentieren, die Grünen hätten mit ihrer Parteienstärke keinen Anspruch auf ein Regierungsamt.

Das mache ich aber nicht. Für mich steht nicht die Wählerstärke im Vordergrund, sondern die Persönlichkeit und ihre Leistung.

Was brächten Sie denn in die Regierung mit?

Für mich ist es wichtig, dass ein Unternehmer in der Regierung vertreten ist. Ich bin seit 20 Jahren unternehmerisch tätig. Seit 1993 politisiere ich, unter anderem als Vizeamman von Wiliberg, als Präsident der Bezirkspartei Zofingen, als Vizepräsident und jetzt als Präsident der Kantonalpartei. Seit 1997 bin ich Grossrat. Da leiste ich gute Arbeit, Sie dürfen gern nachfragen. Ich habe Lebenserfahrung, nicht zuletzt als Vater von drei Kindern.

Was sagt Ihre Frau zur Kandidatur?

Meine Frau und ich haben das genau angeschaut zusammen. Wenn ich aufzählen würde, was ich jetzt mache und im Fall einer Wahl abgeben würde, sähen Sie, dass sich keine Mehrbelastung ergäbe.

Als Unternehmer können Sie entscheiden. Würden die Mühlen der Verwaltung Sie nicht frustrieren?

Diese Frage kann ich nachvollziehen. Ich bin mit Leib und Seele Unternehmer. Doch ich sehe, wie die Politik die Wirtschaft in vielen Bereichen hemmt. Ich will in der Regierung mithelfen, Hürden abzubauen. Dass die Abläufe in der Regierung komplizierter sind als in meinem KMU, ist klar. Damit kann ich leben.

Was tun Sie, um Ihre tiefe Bekanntheit im Ostaargau zu steigern?

Es dürfte tatsächlich so sein, dass man mich dort noch zu wenig kennt. Ich habe nie das Scheinwerferlicht gesucht. In der Partei kennt man mich aber gut. Als Kantonalpräsident werde ich sicher noch bekannter werden. Warten Sie meinen Wahlkampf ab. Da werden mich die Aargauer schon kennen lernen.

Sind Sie ein SVP-Hardliner?

Ich lasse mich nicht gern schubladisieren. Ich politisiere sogenannt moderat. Mir liegt viel daran, politische Lösungen zu finden. Wenn wir in der Kommission eine Vorlage beraten, vertreten wir von der SVP unsere Lösung vehement, um etwas zu erreichen. Irgendeinmal sieht man aber, dass man mit anderen Parteien reden muss, um einen Kompromiss zu finden, bei dem man sich natürlich keinesfalls selber verleugnen darf. So kommen wir weiter.

Sie bezeichnen sich als moderat. Stören Sie sich manchmal am Stil der Hardliner in der Partei?

In jeder Volkspartei gibt es unterschiedliche Ausrichtungen, auch bei uns. Wichtig ist, dass wir in Kernfragen unsere Lösung einheitlich nach aussen vertreten. Es gibt aber immer wieder Sachfragen, wo man unterschiedliche Ansichten haben kann.

Was sagen Sie zum Stil?

Ich politisiere so, dass ich allen Politikern in die Augen schauen kann. Ich bin anständig auch gegenüber Andersdenkenden. Wenn man sich ständig angreift, findet man keine Lösungen. Ich weiss aber schon, worauf Sie hinaus wollen....

...auf Andreas Glarner.

Ich störe mich nicht am Stil anderer Politiker in der SVP Aargau. Herr Glarner ist ein sehr guter Fraktionspräsident. Ich schätze ihn sehr, wir arbeiten gut zusammen. Unsere Stile sind unterschiedlich. Das darf aber auch sein.

Erstmals seit Jahrzehnten kommt die SVP ins Schlingern. Was ist zu tun, damit es wieder aufwärts geht?

Parteien, die so schnell wachsen wie die SVP, gelangen irgendwann an ihren Zenith. Man könnte meinen, dass er im Moment bei uns erreicht ist. Wir müssen mit einem guten Stil eine anständige, lösungsorientierte Politik betreiben. Dann halten wir unseren Level und erhöhen ihn sogar.

Es ist also auch eine Stilfrage?

Ja, es kommt immer auch darauf an, wie man miteinander spricht.

Ein Kernthema der SVP ist das Asylwesen. Nach dem Debakel von Bettwil: Wie müsste sich der Kanton verhalten?

Beim Vollzug muss der Aargau den ganzen Spielraum nutzen. Also abgewiesene Asylbewerber sofort ausschaffen. Und damit die Verfahren viel schneller werden, müssen Kanton und Gemeinden den Druck auf den Bund erhöhen. Beispiel Holland: Da wird in drei, vier Wochen entschieden. Bei uns dauert es Jahre. Bettwil hat sich gewehrt – mit Erfolg!

Würden Sie als Regierungsrat bei der Suche nach Unterkünften Hand bieten?

Primär ist das Problem an der Wurzel zu packen und künftig innerhalb eines Monats zu entscheiden. Dann braucht es auch weniger Unterkünfte.

Derzeit sucht der Kanton aber verzweifelt Unterkünfte.

Ich kann mir gut zentrale Unterkünfte an abgelegenen Orten als Lösung vorstellen. Auf dem Susten oder auf dem Glaubenberg zum Beispiel. Aber sicher nicht an Orten wie Bettwil. Was dort geplant war, war eine absolute Frechheit.

Der Bund arbeitet auf eine Energiewende hin. Geht es künftig ohne AKW?

Ich bin gegen einen Schnellschuss, ohne gesicherte Alternativen zu haben. Es wird nicht funktionieren. Und stattdessen Gaskraftwerke zu bauen, wäre darüber hinaus ein ökologischer Blödsinn. Ich stehe für den heutigen Strommix ein, der uns eine verlässliche und kostengünstige Versorgung garantiert. Ich kann mir gut vorstellen, dass künftig viel sicherere Kernkraftwerke gebaut werden. Und ich bin sicher, dass wir auf den Ausstiegsentscheid zurückkommen werden.

Soll die Aargauische Kantonbank mittelfristig privatisiert werden?

In dieser Frage bin ich mir noch nicht schlüssig. Im Moment würde ich es lassen, wie es ist. Ich bin aber klar gegen die SP-Initiative, die den Besitz des Kantons an der AKB in der Verfassung verankern will, nachdem dies ja längst im Gesetz steht.

Die Einwanderung hat seit der Personenfreizügigkeit mit der EU stark zugenommen. Der Bundesrat ruft jetzt teilweise die Ventilklausel an. Reicht Ihnen das?

Nein. Unser Land ist mit der grossen Zuwanderung überfordert. Das hat natürlich mit der Attraktivität der Schweiz zu tun.

Dann arbeiten in Ihrem Betrieb keine Ausländer?

Doch, ein Deutscher.

Weil Sie keinen qualifizierten Schweizer gefunden haben?

Der Markt an Fachleuten ist in der Tat sehr dünn.

Die Wirtschaft profitiert von den Einwanderern.

Das ist so. Wer zum Arbeiten kommt, stört mich nicht – die haben ja wir geholt, etwa Ärzte, Lehrer, und so weiter. Auch die Deutschen sind nicht das Problem. Es gibt aber zu viele Ausländer, die hier wohnen, nicht arbeiten und von unserem Sozialsystem profitieren. Das darf nicht sein.